

AN

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

der Landtagsabgeordneten Mag. Rüdiger Maresch, Dr. Jennifer Kickert (GRÜNE), sowie KR Erich Valentin, Mag. Josef Taucher, Mag. Nina Abrahamczik, Kathrin Gaal, Ernst Holzmann, Waltraud Karner-Kremser, MAS, Mag. Gerhard Spitzer und KR Friedrich Strobl (SPÖ), sowie Ing. Udo Guggenbichler und Manfred Hofbauer, MAS (FPÖ)

eingebraucht in der Sitzung des Wiener Landtages am 18.3.2016 zu Post 2 der Tagesordnung

betreffend „**die Zulassung von Glyphosat**“.

Begründung

Glyphosat ist das weltweit am häufigsten eingesetzte Unkrautbekämpfungsmittel. Es ist ein nicht-selektives Blattherbizid mit systemischer Wirkung, das über grüne Pflanzenteile aufgenommen wird. Es wird gegen einkeim- und zweikeimblättrige Unkräuter im Acker-, Wein- und Obstbau, beim Anbau von Zierpflanzen, auf Wiesen, Weiden und Rasenflächen sowie im Forst verwendet.

Zahlreiche Studien geben seit Jahren Hinweise auf die Gefahren, die von dem giftigen Präparat ausgehen können. Wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf beispielsweise Oberflächen- und Sickerwässer und damit nachfolgend in Bezug auf das Grundwasser legen schon lange eine Neubewertung der Glyphosatanwendung nahe. Glyphosat wurde im Urin der Menschen nachgewiesen, im Brot und jüngst in zahlreichen deutschen Biersorten. Die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat das weltweit am häufigsten eingesetzte Pestizid bereits im März 2015 als ‚wahrscheinlich krebserregend‘ eingestuft. Die jetzige Zulassung des Total-Herbizids Glyphosat (Handelsname u.a. ‚Roundup‘) in der EU läuft im Sommer 2016 aus.

Trotz der wissenschaftlichen Erkenntnisse hat die Europäische Kommission angekündigt, die Zulassung dieses höchst umstrittenen Pflanzengifts im März für weitere 15 Jahre beschließen zu wollen. Am 8 März d.J. ist die Entscheidung über

1/2

die Verlängerung jedoch vertagt worden, weil keine Mehrheit für den Vorschlag der EU-Kommission in Sicht war.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions) Antrag

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
Eing.: 18. MRZ. 2016
PGL-008.74-2016/00011LAT
Gesch. ftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

Der Landtag wolle beschließen:

Die Wiener Landesregierung wird ersucht, an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft heranzutreten, sich auf EU-Ebene für ein Verbot glyphosathältiger Pflanzenschutzmittel einzusetzen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages verlangt.

Wien, 18.3.2016

Hofbauer

[Signature]

[Signature]

Mag. Josef Dandl
[Signature]

[Signature]

Kristin Melancik
[Signature]

[Signature]